



BERLININFO

NR. 12

8. Juli 2016



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

auch die letzte Sitzung vor der Sommerpause war voller Gespräche, Abstimmungen und politischer Neuigkeiten: das Desaster am Hahn, das peinliche Schauspiel der AfD in BaWü, der bevorstehende Nato-Gipfel, die Auswirkungen des Brexit-Votums, unsere Beschlüsse zu grundlegenden Änderungen im Sexualstrafrecht und im EEG, ... Die Themen nehmen kein Ende. Umso mehr freute mich ein Termin zum Thema E-Mobilität. Ich erwartete Informationen rund um Technik, um Fördergelder und fehlende Ladestationen. Aber weit gefehlt, ich durfte mir einen BMW i8 ansehen und auch Probefahren. Hat Spaß gemacht und - da ich es leider geschafft habe aus dem Auto auch wieder heraus zu klettern - wohl eine einmalige Freude. Ich wünsche Ihnen für die kommende Ferienzeit viel Spaß und gute Erholung. Wir sehen uns im Wahlkreis!

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

Ihre

M. Heil



Nein heißt Nein!

Am Donnerstag wurde die Reform des Sexualstrafrechts mit großer Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Das Prinzip "Nein heißt Nein" wird umgesetzt und findet zukünftig Anwendung im deutschen Strafrecht. Wir stärken damit das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung: fortan ist die "rote Linie" immer dann überschritten, wenn jemand gegen den erkennbaren Willen des Opfers verstößt. Diese Gesetzesreform ist ein großer Erfolg, auch da endlich die sexuelle Belästigung durch "Grapschen" als Straftat anerkannt und bestraft wird. Die Union konnte sich auch mit der Forderung durchsetzen, einen Straftatbestand für Übergriffe, die aus einer Gruppe heraus begangen wurden, einzuführen. Für alle Opfer sexueller Gewalt, egal ob Frauen oder Männer ist dieses Gesetz ein wichtiger Schritt. Neben der besseren Möglichkeit einer Strafverfolgbarkeit stellt das Gesetz auch klar, dass die sexuelle Selbstbestimmung ein wichtiges Gut ist und Übergriffe, egal welcher Art kein Kavaliersdelikt sind.



Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus vorerst auf Eis gelegt - SPD verhindert Abschluss des Vorhabens

Die Gespräche innerhalb der Koalition über den Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsbaus haben keine Einigung gebracht. Unser Koalitionspartner sieht weiteren internen Klärungsbedarf zum Vorhaben einer steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus. Ein Abschluss des Gesetzgebungsvorhabens war damit in dieser Sitzungswoche nicht mehr möglich. Gegen Wohnungsmangel hilft im Ergebnis nur zusätzliches Bauen. Hier hätte die steuerliche Förderung weitere Impulse durch Aktivierung privater Investoren auslösen können. Die steuerliche Förderung hätte zu zusätzlichem Wohnraum führen können. Die mögliche Entlastung im unteren und mittleren Mietpreisbereich bleibt jetzt aus. Die vom Koalitionspartner SPD geforderte Ausrichtung der steuerlichen Förderung auf den sozialen Wohnungsbau ist nicht notwendig. Es gibt bereits viele andere Förderprogramme, die dieses Segment des Mietwohnungsbaus ansprechen. Die KfW hat zum Beispiel Programme für den sozialen Wohnungsbau, die Familienförderung und Förderprogramme für den kommunalen Wohnungsbau aufgelegt. Auch wir hätten uns Verbesserungen vorstellen können wie die Förderung der Selbstnutzung und eine Familienkomponente. All diese Verbesserungen waren mit unserem Koalitionspartner aber nicht zu machen.



Förderung der Infrastruktur ländlicher Räume verbessert



Ich freue mich über die Verabschiedung eines wichtigen Fördergesetzes für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume in dieser Woche im Deutschen Bundestag. Hinter dem Begriff „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“ verbirgt sich das wichtigste Förderinstrument des Bundes in diesem Bereich. Diese Reform des GAK ein großer Schritt nach vorn. Wir müssen die ländlichen Räume attraktiv halten, damit Menschen, junge wie alte, weiter gerne auf dem Land leben. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für unser Land. Mit der Novellierung des GAK-Gesetzes nehmen wir eine grundlegende Richtungsänderung vor. Erstmals umfasst die Förderung auch die Infrastruktur ländlicher

Gebiete. Ein Aspekt dabei ist die Anbindung an schnelles Internet. Die Land- und Forstwirtschaft bleibt weiterhin zentraler Bestandteil der GAK, gleichzeitig wird aber ein stärkerer Fokus auf die Entwicklung der ländlichen Räume in ihrer Gesamtheit gelegt. Künftig werden deshalb auch Investitionen außerhalb landwirtschaftlicher Betriebe gefördert“. Dazu zählen Investitionen in kleine Betriebe unter zehn Mitarbeitern und die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen. Gefördert werden hier beispielsweise Bürgerläden, Sozialstationen oder Ländlicher Tourismus. Diese verbesserte Förderung wird auch dem stark ländlich geprägten Bundestagswahlkreis Ahrweiler-Mayen sehr gut tun.

Sie fragen, ich antworte

So war die Devise am Montag im Facebook live chat. Um mit Ihnen oder anderen Bürgerinnen und Bürger in das Gespräch zu kommen, denke ich immer wieder über neue Wege nach. Bei „Facebook Live“ wird man quasi in Echtzeit über Facebook live geschaltet und kann dort etwas über sich, seine Interessen erzählen und natürlich auch die in Realzeit ankommenden Fragen beantworten. Erst ist das natürlich etwas ungewohnt, man gewöhnt sich aber daran. Für mich war das eine tolle Erfahrung und ich möchte diese Möglichkeit zukünftig öfter nutzen. Aber keine Sorge, Sie können mich auch gerne weiterhin auf allen weiteren Wegen, wie Mail, Brief, Fax, Twitter, Homepage oder Facebook erreichen ;-)



Nach der „Brexit“- Entscheidung

Die Bürger Großbritanniens haben sich in einem Referendum für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union ausgesprochen. Wir respektieren die Entscheidung des britischen Volkes, gleichwohl ist sie ein Einschnitt für den europäischen Einigungsprozess. Mit den bitteren Konsequenzen, die die Volksabstimmung für Großbritannien haben kann, lassen die Anführer der „Brexit“-Kampagne die junge Generation, die in überwiegender Mehrheit – aber leider mit zu geringer Wahlbeteiligung – für den Verbleib ihres Landes in Europa gestimmt hat, nun alleine. Ganz Europa kann sehen, was geschieht, wenn Populisten Erfolg haben, wenn diejenigen, die uns weismachen wollen, es gäbe für schwierige Aufgaben leichte Lösungen, zum Zuge kommen.

Es liegt jetzt zunächst einmal an Großbritannien selbst, zu erklären und festzulegen, wie es sein zukünftiges Verhältnis zur Europäischen Union gestalten möchte.

Für das weitere Verhältnis der Europäischen Union zu Großbritannien steht aber ebenso fest, dass es bis zur Stellung des Austrittsantrages keine informellen oder formellen Verhandlungen geben kann. Fakt ist auch: Zugang zum Binnenmarkt kann das Land nach seinem Austritt nur erhalten, wenn es sich seinerseits zu einem freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr verpflichtet. Im Übrigen wird Großbritannien ein wichtiger Partner für die Europäische Union und Deutschland bleiben, mit dem wir eng in der NATO, bei G7 aber auch bei G20 zusammenarbeiten werden.



Europäischer Rat und Nato-Gipfel

Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat auf dem Europäischen Rat vom 28. bis 29. Juni die Weichen mit dafür gestellt, dass auch ein Europa der 27 die Herausforderungen des 21. Jahrhundert erfolgreich meistern kann. Und an einem erfolgreichen Europa müssen die Bürgerinnen und Bürger teilhaben und sich damit identifizieren können. Im Fokus der Anstrengungen stehen der Wohlstand und die Sicherheit der Menschen in Europa. Wir müssen uns deshalb gemeinsam einsetzen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und damit vor allem den Abbau der immer noch zu hohen Jugendarbeitslosigkeit. Genauso müssen wir uns der außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen stellen, die die globalen Flüchtlingsbewegungen mit sich bringen und vor denen sich Europa nicht wird wegducken können. Wir als Europäische Union müssen uns um diese großen Fragen kümmern, auf die nur ein geeinter Kontinent angemessene Antworten geben kann. Viele andere Angelegenheiten können die Mitgliedstaaten gut und richtig selber lösen und regeln.

EEG-Reform beschlossen

Aufgrund intensiver Zusammenarbeit in der großen Koalition sowie mit der EU-Kommission können wir nunmehr die Weichen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien neu stellen. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, schaffen wir den Übergang vom bisherigen System der Festvergütungen zu Strommengenausgleichungen. Die Ausschreibungen beginnen 2017 und erfolgen aufgeteilt nach Windkraft an See, Windkraft an Land, Photovoltaik und Biomasse. Die Ausschrei-

bungsmengen sind so zu bemessen, dass der Ausbaukorridor von 40 bis 45 Prozent Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2025 eingehalten wird.

In den parlamentarischen Beratungen haben wir den Regierungsentwurf in kurzer Zeit an zahlreichen Stellen sinnvoll weiterentwickelt. Insbesondere wird der Ausbau der Windenergie auf See besser mit dem Stromnetzausbau an Land verzahnt. Er wird in den Jahren 2021 bis 2025 reduziert, weil bis dahin die erforderlichen Stromtrassen noch nicht zur Verfügung stehen. Über Photovoltaik auf Ackerflächen entscheiden in Zukunft die jeweiligen Bundesländer.

Bad Breisig erhält Breitbandförderung

Der Parlamentarische Staatssekretär für Verkehr und digitale Infrastruktur, Dr. Norbert Barthle, überreichte in dieser Woche den Förderbescheid im Rahmen des Breitbandprogramms der Bundesregierung an die Verbandsgemeinde Bad Breisig. Damit wird die Planung und Vorbereitung für ein schnelles Datennetz mit 50.000€ gefördert. Insgesamt fördert der Bund den Ausbau der digitalen Infrastruktur mit 4 Mrd. €, die vor allem in ländlichen Räumen vorgesehen sind.



Mein Praktikum im Abgeordnetenbüro

Mein Name ist **Navenan Kandeepan**, ich bin zurzeit 14 Jahre alt und Schüler des Herder Gymnasiums in Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf. Ich habe mich dazu entschieden mein zweiwöchiges Betriebspraktikum im Deutschen Bundestag bei der Frau Heil zu absolvieren, denn ich interessiere mich schon seit längerem für die Arbeit eines Abgeordneten und generell für die Politik. Kurz vor dem Ende des Betriebspraktikums im Abgeordnetenbüro möchte ich eine kurze Übersicht des Praktikums geben. Mein Hauptaufgabenfeld bestand überwiegend aus Recherchen zu bestimmten Themen im Bereich Recht und Verbraucherschutz. Zudem konnte ich im Dasein von Frau Heil an einer sehr bemerkenswerten AG (Arbeitsgruppe) teilnehmen, die immer als Vorbereitung für eine Ausschusssitzung stattfindet. Des Weiteren war ich Zuhörer von dem äußerst informativen Fachgespräch „Antisemitismus im fundamentalistischen Islam – Was können, müssen wir tun?“ der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Außerdem war ich Zuschauer der 184. Plenarsitzung, die ebenfalls faszinierend war, und konnte so mal einen Blick in den Plenarsaal werfen. Insgesamt empfinde ich das Praktikum im Abgeordnetenbüro als sehr positiv, denn ich hatte die Möglichkeit den Tagesablauf eines Abgeordneten und das Geschehen im Deutschen Bundestag mitzuverfolgen. Zum Schluss möchte ich mich für den aufschlussreichen Einblick in die Politik bei der Frau Heil, Frau Herrgen, Herrn Becker und Herrn Schuberth bedanken.



Daten und Fakten

Mehr Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 738.000 Kinder geboren. Das waren 23.000 Neugeborene oder 3,2 Prozent mehr als im Jahr 2014. Gleichzeitig starben 2015 925.000 Menschen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent entspricht. Wie in allen Jahren seit 1972 starben somit mehr Menschen als Kinder geboren wurden. Auch den Bund der Ehe sind 2015 mehr Paare eingegangen als im Vorjahr: 400.000 Eheschließungen stellen eine Steigerung um 14.000 beziehungsweise 3,6 Prozent gegenüber 2014 dar.

Baufertigstellungen 2015 regional unterschiedlich. Besonders stark legten die Baufertigstellungen in den Stadtstaaten Hamburg (plus 22,2 Prozent) und Berlin (plus 22,6 Prozent) zu, aber auch einige Flächenländer wie Baden-Württemberg (plus 5,9 Prozent) und Sachsen (plus 8,4 Prozent) verbuchten ein deutliches Plus. Stark fiel das Minus in Nordrhein-Westfalen (minus 12,1 Prozent), Rheinland-Pfalz (minus 10,9 Prozent) und Thüringen (minus 6 Prozent) aus. Insgesamt wurden 2015 mit 247.700 Wohnungen deutschlandweit 1 Prozent oder 2.400 Wohnungen mehr fertig gestellt als im Vorjahr. Das Wachstum wird vor allem durch den Geschosswohnungsbau bestimmt, während die Baufertigstellungszahlen bei Eigenheimen zurückgehen. So wurden in den kreisfreien Großstädten im Jahr 2015 4 Prozent mehr Geschosswohnungen gebaut, gleichzeitig sank die Zahl der fertiggestellten Eigenheime um 7,8 Prozent. In den Umlandkreisen (plus 5,7 Prozent Geschosswohnungen, minus 3,7 Prozent Eigenheime) sowie in den ländlichen Kreisen (plus / minus 2,8 Prozent) war ein ähnlicher Trend festzustellen.

(Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung)